

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postcheckkonto: Dresden 33 327. Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.

Erscheint täglich nachmittags 1/2 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: frei Haus monatlich 1,85 RM. (einschl. Trägergeld), für Selbstabholer monatlich 1,65 RM., durch die Post 2,00 RM. einschl. Postgebühren. — Einzelnummer 10, mit illustrierter 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleiniechthel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porschtal, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshof, Schmiffa, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Hiele, Inh. Walter Hiele. Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die Tagespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Anzeigen 25 Pfg., 85 mm breite Kleinzeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“

Richterscheint einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreis kürzung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 79

Bad Schandau, Dienstag, den 5. April 1932

76. Jahrgang

Ostafrika als deutsche Kolonie.

Von Horst Dantrat Dar-es-Salaam.

Die koloniale Frage gewinnt erfreulicherweise in deutschen Kreisen immer mehr Freunde, und die koloniale Schuldbilge ebenso unhaltbar ist, wie das Versailles-Diktat selbst, in dem sie steht. Aber auch bei den Feindbündestaaten greift allmählich die Erkenntnis um sich, daß man ein Volk wie das deutsche nicht auf die Dauer vom Kolonialbesitz abschließen kann.

Unter den Kolonien, die auch von deutscher Seite immer wieder verlangt werden, steht das alte Deutsch-Ostafrika an erster Stelle. Heute führt es freilich den Namen Tanganyika-Territorium; denn die Engländer, die es als Mandatargebiet verwalteten, wollten den tatsächlichen Raub der deutschen Kolonie nicht zu deutlich merkbar werden lassen und wählten aus diesem Grunde einen neuen Namen.

Von den Gegnern des Kolonialgedankens in Deutschland wird immer wieder geltend gemacht, daß Kolonien für Deutschland untragbar seien, da sie große Zuschüsse erforderten. Viele dieser Gegner würden zweifellos zu bekehren sein, wenn sie annehmen könnten, daß Kolonien nicht nur keine Zuschüsse kosten, sondern sogar Gewinne einbringen.

Es stimmt allerdings, gerade bei Ostafrika, daß England hier in Form von Anleihen Geld zuzahlt und daß die derzeitige Regierung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht auskommt. Bedenkt man aber, daß die alte deutsche Kolonie bereits vor dem Kriege mit Ausnahme der Kosten für die Schutztruppe keinerlei Zuschüsse erforderte, so erscheint es sehr ungläubig, daß jetzt die Einnahmen nicht mehr reichen sollen, um den Etat zu decken. Hat doch der Krieg, trotz der dabei erfolgten Verwüstungen einzelner Pflanzungen, im allgemeinen das Land sehr viel weiter gebracht. So wurde 1916 die Verbindungsbahn nach Kenja gebaut, so wurden Autostraßen angelegt, die sich vom militärischen Standpunkt aus lohnten, die aber sonst immer enge Wege geblieben wären, auf denen zur Not einer der üblichen Einradwagen verkehren konnte, aber kein anderes Fahrzeug.

Um zu verstehen, warum Tanganyika jetzt nicht mehr mit seinen Mitteln auskommen kann, obwohl die Zölle, Steuern und sonstigen Abgaben ständig erhöht werden, muß man sich die Politik der britischen Mandatsbehörden einmal genauer ansehen.

Dazu ist festzustellen, daß England gegebenenfalls Einnahmen aus dem Mandatsgebiet nicht für sich verwenden darf, sondern sie nach den Bestimmungen des Völkerbundes wieder im Mandatsgebiet verwenden muß. Das allein erklärt schon sehr viel. Außerdem aber liegt die britische Kronkolonie Kenja unmittelbar nördlich der alten deutschen Kolonie, ihr Hafen Mombasa dicht bei Tanga, dem nördlichen Hafen des alten Deutsch-Ostafrika. Begreiflicherweise hat die britische Verwaltung nur ein geringes Interesse, in einem Gebiete Gewinne zu erzielen, aus dem sie für das Mutterland nichts herausholen kann. Deshalb hat man die Bahntarife z. B. so eingerichtet, daß Frachten vom Kilimandjaro im im Tanganyika-Gebiet nach Mombasa in Kenja etwa die Hälfte von dem kosten, was man nach dem nur halb so weit entfernten Tanganyika-Hafen Tanga bezahlen muß. Diese Gebührensenkung geht zu Lasten der Tanganyika-Bahnen, die auf diese Weise nicht nur ihre Frachten verlieren, sondern sogar auf der Zweigbahn nach Kenja hin unter Tarif, einzelne Kenner der Verhältnisse behaupten sogar unter Selbstkosten, arbeiten müssen.

Ähnlich verhält es sich auf allen anderen Gebieten. Um möglichst viel Geld, wenigstens auf mittelbarem Wege, aus dem Mandatsgebiet herauszuholen zu können, wurde die Zahl der Beamtenstellen weit über das notwendige Maß vergrößert, so daß jetzt in dem Gebiet der alten deutschen Kolonie ohne das von den Belgiern geraubte Ruanda und Urundi etwa fünfmal soviel Beamte tätig sind wie unter der deutschen Verwaltung vor dem Kriege. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß der Engländer Kolonisation ganz anders ansieht als der Deutsche und daß z. B. für das große Gebiet der Schlafkrankheitsforschung, das vor dem Krieg zahlreiche deutsche Ärzte beschäftigte, von Seiten der Regierung nicht ein einziger Beschäftigter wird. Nicht anders ist die Lage auf den anderen Verwaltungsgebieten, so daß diese fünfmalige Beamtenzahl sich heute nur auf den eigentlichen Verwaltungs- und Ordnungsdienst erstreckt, der damit acht- bis zehnmal so stark besetzt sein dürfte wie in der Vorkriegszeit. Dabei beziehen die britischen Beamten Gehälter, die ein Vielfaches der deutschen betragen. Eine britische Zeitung, die Samoa Times, nannte kürzlich folgende Vergleichszahlen. Der Oberichter, der in deutscher Zeit mit 12 300 Rupien bezahlt wurde, erhält jetzt 40 000, die Distriktschefs sind von 7300 in deutscher Zeit auf 14 400 und die Bezirksamtswärter gar von 8300 auf 27 000 gestiegen. Dabei bleibt beachten, daß in der Vorkriegszeit die Ruppe nur den Wert von 1,33 Mark hatte, während sie jetzt mit zwei Mark bezahlt wird! Diese hohen Gehälter wären noch zu begreifen, wenn sie in allen übrigen britischen Kolonien üblich wären. Das ist aber nicht der Fall. In der unmittelbar an Tanganyika angrenzenden Kenja-Kolonie betragen die Gehälter durchschnittlich nur ein Drittel der in Tanganyika gezahlten Summen, obgleich in klimatischer und sonstiger Hinsicht zwischen beiden Ländern keine Unterschiede bestehen.

Das wenige hier Gezeigte genügt, um zu erklären, warum England aus dem Mandatsgebiet keine unmittelbaren Gewinne (mit Ausnahme der Zinsen für die Tanganyika-Anleihe) herausholen kann und will und mit den vorhandenen Mitteln nicht auskommt.

Gelangt das Land einmal in unsere Hände, dann kann es sehr wohl in kurzer Zeit emporblühen und, ohne vorher wesentliche Kosten zu verursachen, bald seinem europäischen Mutterlande reichen Gewinn bringen, auch wenn keine unmittelbaren Gelder an die Reichskasse gehen. Erst kürzlich wurde im kolonialwirtschaftlichen Ausschuss von dem bekannten Bevölkerungspolitiker Geh. Rat Geo Schmidt, darauf hingewiesen, daß in den ostafrikanischen Hochländern noch Laufende deutscher Familien mit einem Kapital von unter 6000 Mark (einschließlich der Reisekosten) unter günstigen Bedingungen angesiedelt werden können. Sollte das Land wieder deutsch werden, so bedeutet das also eine Entlastung der Arbeitslosenfürsorge um einige 10 000 Menschen, ja noch mehr, eine erhebliche Belebung des Arbeits- und Warenmarktes und der Ausfuhr, da ja die Deutschen mit der gleichen Selbstverständlichkeit die ihnen bekannten deutschen Fabrikate bevorzugen werden, mit welcher der Engländer seine englischen Zigaretten

raucht, seine Cadbury-Schokolade ißt und seine sonstigen britischen Erzeugnisse verarbeitet.

Es dürfte also keinem Zweifel unterliegen, daß auch Ostafrika als deutsche Kolonie oder sogar nur als deutsches Mandatsgebiet unserem Vaterland von ungeheurem Nutzen sein wird, ohne daß wir erst übergroße Ausgaben dafür aufbringen müssen. Allerdings muß eines festgehalten werden: Kolonialländer sind Agrarländer, und es ist vollkommen unmöglich, in ihnen mit den heutigen deutschen Steuer- und Regierungsmethoden arbeiten zu wollen. Gewiß bringen die Eingeborenen Ostafrikas erhebliche Steuersummen auf, aber den Hauptanteil trägt doch der Europäer.

Ob die Eingeborenen aus Deutsche gern als Herren des Mandatsgebietes sehen würden, darüber gab das Auftreten ihrer Abgesandten in London deutliche Antwort, als es sich darum handelte, ob England die alte deutsche Kolonie annektieren wolle. Dieser britische Wunsch fand allgemeine Ablehnung bei den Eingeborenen, die ja auch untereinander Deutsche und Engländer mit den bei ihnen zum Sprichwort gewordenen Säben zu vergleichen pflegen: „Der Engländer hat einen guten Mund, aber ein böses Herz; der Deutsche hat einen bösen Mund, aber ein gutes Herz.“

Nein englisch-französisches Vorabkommen

Pariser Quertreibereien in London erfolglos — Donaufonferenz Aufstakt für Sngangriffnahme der Weltprobleme

London, 5. April.

Am Montagvormittag begannen in der Amtswohnung des englischen Ministerpräsidenten die offiziellen englisch-französischen Besprechungen über die wirtschaftliche Lage in Europa. An ihnen nahmen französischerseits Ministerpräsident Lardieu und Finanzminister Flandin sowie die Sachverständigen der französischen Abordnung teil.

Von der englischen Seite waren erschienen MacDonal, der den Vorsitz führte, ferner Außenminister Sir John Simon, Schatzkanzler Neville Chamberlain, Handelsminister Runciman, der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Balfour, der Wirtschaftsberater der englischen Regierung, Sir Frederic Leith-Ross sowie mehrere Sachverständige des Schatzamtes. Die Besprechungen begannen mit der Erörterung der Donaufrage und dauerten den ganzen Tag an.

Der französische Ministerpräsident Lardieu reiste am Montagabend 10.30 Uhr über Dinkirchen nach Paris zurück, während Finanzminister Flandin zur Teilnahme an der Viermächtekonferenz in London bleibt.

Sonderabmachungen ausgeschlossen

Bezugnehmend auf die bevorstehende Londoner Donaufonferenz versichern die leitenden Stellen der englischen Politik, daß das Donauproblem eine Frage darstelle, die allen beteiligten Mächten gemeinsam sei. Man könne die ruhige Gewißheit haben, daß vor dem Zusammentritt dieser Konferenz keine Sonderabmachungen zustande kämen und daß auch keine Entwürfe für feste Verträge vorhanden seien. Jede der beteiligten Mächte habe völlig freie Hand und könne die Aufmerksamkeit auf die Punkte lenken, die ihr jeweilig angebracht erschienen. Aber auch während der kommenden Konferenztage werde sich Gelegenheit bieten, mit den Vertretern der anderen Mächte Fragen zu besprechen, die über das Donauproblem hinausgehen und sich mit der allgemeinen Lage in Europa befäßen.

Erläuterungen MacDonal's

MacDonal ließ in einer Unterredung mit der Presse keinen Zweifel darüber, daß er die Verhandlungen in London für außerordentlich wichtig, zugleich aber auch für sehr schwierig halte, die einer außerordentlich geschickten Behandlung bedürften. Deswegen lege er Wert darauf, daß die Absichten der englischen Regierung nicht mißverstanden würden, da ihre Motive durchaus ehrlich seien. Die englische Regierung wünsche eine Zusammenarbeit aller beteiligten Mächte, um den gewünschten Zweck zu erreichen. Das könne ein Land allein nicht tun, und auch zwei Länder nicht. Englands Politik gehe deswegen auf die Zusammenarbeit mit jeder anderen Nation hin, die bereit sei, für den Frieden und die Wohlfahrt der Welt zu arbeiten, und es verjage, bei der Lösung dieser Aufgabe nützliche Hilfe zu leisten in der Absicht, ein gemeinsames Abkommen zu erreichen, das allen Ländern zugute komme. Hierbei stütze sich die englische Regierung auf zwei Grundzüge: auf die allgemeine Zusammenarbeit der Nationen und auf die Hilfeleistung für Europa. Aus diesem Grund lege die Londoner Regierung auch Wert darauf, daß der Zusammenkunft zwischen ihm und Lardieu keine falschen Motive unterzogen würden. Diese Zusam-

mentkunft sei vielmehr von dem Gesichtspunkt aus zu betrachten, daß er eine persönliche Aussprache in diplomatischen Anlässen und eine dauernde persönliche Fühlungnahme mit den Vertretern anderer Staaten für außerordentlich nützlich halte. Er sei der Ansicht, daß der gegenwärtige Plan außerordentlich vielversprechend sei.

Hinsichtlich der Besprechung zwischen Lardieu und ihm hätten die leitenden Stellen der englischen Politik keinen Zweifel darüber gelassen, daß bei dieser Gelegenheit die wichtigsten Europa berührenden Fragen zur Sprache kämen, die späterhin in Genf und in Lausanne weiter besprochen werden sollten.

Der Aufstakt in London

Man wird die Art begrüßen dürfen, wie der englische Premierminister die Haltung seiner Regierung gegenüber den großen Problemen umschrieben hat, die in den nächsten Tagen und Wochen zur internationalen Erörterung stehen werden, und in deren Reihe die Frage der Hilfe für die Donauländer nur eine besonders dringliche Angelegenheit ist. Die Tatsache, daß der französische Ministerpräsident und seine Begleiter bereits einige Tage vor dem eigentlichen Beginn der Londoner Aussprache über die Donaufragen in der englischen Hauptstadt erschienen sind und eine Reihe von Besprechungen mit ihren britischen Kollegen haben, ehe die eigentliche Konferenz in Gang kommt, hat hier und da zu dem Verdacht geführt, daß die französischen Politiker darauf hinarbeiten könnten, England für die besonderen französischen Themen einzufangen und auf diese Weise die Voraussetzungen der Londoner Konferenz in einer Weise zu verschieben, die eine objektive Behandlung der zu erörternden Fragen und damit einen Erfolg der Aussprache von vornherein zweifelhaft gemacht hätten. Sehr bald aber habe die Stimmung der öffentlichen Meinung Englands erkennen lassen, daß ein solcher Versuch von französischer Seite aussichtslos bleiben müßte, und auch das offizielle England hat seinen Willen zur Objektivität so eindeutig klargestellt, daß beabsichtigte französische Quertreibereien jedenfalls unterblieben sind.

MacDonal hat zu den Pressevertretern ebenso ausführlich wie freimütig gesprochen, und der Kern seiner Erläuterungen ist die Feststellung, daß die englische Regierung bei den bevorstehenden Verhandlungen keinerlei Sonderinteressen verfolge und daß sie die Möglichkeit eines Erfolges nicht in der Zusammenarbeit von nur zwei Ländern, sondern lediglich in der aufrichtigen gemeinsamen Bemühung aller in Frage kommenden Mächte erblicke, die alle mit freier Marschroute zu der Konferenz kämen. Damit hat der leitende englische Staatsmann bekundet, daß keine Vorvereinbarungen zwischen England und Frankreich bestehen, er hat klargestellt, daß er nur in der Zusammenarbeit auch mit Deutschland und Italien die Möglichkeit einer befriedigenden Lösung des Donauprobblems sieht. Darüber hinaus geht aus seinen Erläuterungen wie aus dem Pressecommuniqué Lardieus hervor, daß schon in London die ersten Anläufe für die Inangriffnahme der Probleme erscheinen werden, mit denen man sich später in Genf und in Lausanne auseinandersetzen hat, der Frage der Kriegsschulden, der Reparationen und der Abrüstung. So klar der vorbereitende Charakter der Londoner Begegnung ist, so steht doch fest, daß sie den Aufstakt